

Petra C. Gruber

Frieden und Entwicklung in einer Welt

Es besteht ein unauflöslicher Zusammenhang zwischen nachhaltiger, gerechter Entwicklung und gesichertem Frieden, und zwar nicht nur lokal und national, sondern auch global gesehen. Das Engagement dafür ist christlich-humanistisches Gebot, entspricht sowohl einem Verantwortungsethos in Raum und Zeit¹ als auch aufgeklärtem Eigeninteresse. Dieser Beitrag versucht sich in einem integrativen, positiven Entwicklungs- und Friedensbegriff und plädiert für eine Welt- und Friedensordnung zur Sicherung eines friedlichen Zusammenlebens in einer kulturell vielfältigen Welt.

Armut, Nachhaltige Entwicklung und Krisenprävention²

Aufgrund der Vieldeutigkeit der Begriffe Armut, Frieden und Entwicklung³ sind Definitionen vorab jeder Diskussion unumgänglich. So war und ist noch immer die zum Idealbild verklärte (moderne) Industriegesellschaft als höchste Stufe in der Gesellschaftsentwicklung das Ziel der **Entwicklung** in vielen Köpfen. Die nichtwestlichen Gesellschaften sollten durch die Übertragung von soziokulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebensformen des Westens entwickelt, „zivilisiert“ werden. Diese reduktionistische Sichtweise *einer* Entwicklung ignoriert die Vielfalt der möglichen kulturspezifischen Lebensweisen und Ausdrucksformen, die den Reichtum und die Einzigartigkeit der Welt ausmachen und ersetzt diese durch eine einzige „Un-Welt“. Zudem hat sich die „weltumspannende Hauptstraße in die Moderne“⁴ längst als Sackgasse entpuppt, das Konzept der nachholenden Entwicklung, die weltweite Ausdehnung unseres rücksichtslosen Produktions- und Konsumtionsmodells ist nicht zuletzt angesichts der ökologischen Grenzen zum „Schreckensszenario“ geworden. Entwicklung bedeutet mehr als wirtschaftliches Wachstum und technologischer Fortschritt, es geht um die Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten – im Einklang mit der Natur – und die Schaffung der dafür erforderlichen Rahmenbedingungen. Nachhaltige

¹ Meint „glokal“ – also lokal wie global – und mit Hinblick auf künftige Generationen.

² Siehe dazu auch den Beitrag von Franz Nuscheler in diesem Sammelband.

Der vielfach verwendete Begriff der Konfliktprävention ist irreführend - Konflikte an sich sind konstitutiv für das menschliche Zusammenleben, können der Entwicklung förderlich sein und waren/sind die großen Bewegkräfte der Geschichte. Es geht folglich um die Verhinderung der gewaltsamen Eskalation von Konflikten.

³ Zur Veränderung des Entwicklungsbegriffs, den Kernelementen zukunftsfähiger Entwicklungen, dem erniedrigenden Beigeschmack der „Unterentwicklung“ aufgrund der Assoziation mit körperlicher und geistiger Unterlegenheit in der Alltagssprache und der als demütigend empfundenen Bezeichnung „Entwicklungsländer“ oder zudem überholten Begriff der „Dritten Welt“, dem Paradigmenwechsel in den Entwicklungstheorien eingebettet in die Entwicklungspolitik der letzten 50 Jahre und das zwangsläufige Scheitern von Patentlösungen siehe auch: Gruber, Petra C.: Armut und Entwicklung im Wandel der Zeit, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Nach der Jahrtausendwende; Zur Neuorientierung der Friedensforschung, Friedensbericht 2001, Münster 2001, S. 238-260.

⁴ Vgl. Rahnama, Majid: Armut, in: Sachs, W. (Hrsg.): Wie im Westen so auf Erden; Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 33.

Entwicklungswege kennzeichnen eine (Welt)Gesellschaft, die ihre sozialen und ökologischen wie materiellen Existenzgrundlagen nicht untergräbt.

Armut hat in jeder Kultur eine andere Wertigkeit und bedeutet nicht einfach das Gegenstück zu materiellem Reichtum. Die Definition von Armut als Mangelzustand, gemessen an existentiellen Grundbedürfnissen, greift zu kurz. Dennoch ein paar Zahlen⁵ zur Verdeutlichung der Ungleichgewichte und zum essentiellen Ziel, die extreme Armut in der Welt bis 2015 um die Hälfte zu reduzieren:

- Knapp 800 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten,
- über 1,2 Milliarden Menschen steht kein hygienisches Wasser zur Verfügung,
- über eine halbe Milliarde Menschen hat eine Lebenserwartung von weniger als 40 Jahren,
- über 800 Millionen Erwachsene sind Analphabeten,
- knapp 1,2 Milliarden Menschen müssen mit weniger als 1 \$ pro Tag auskommen.

Armut bedeutet auch kulturelle und soziale Ausgrenzung sowie fehlende politische Partizipation. In Armut lebende Menschen haben mangelnde Möglichkeiten einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung. Das wiederholte Erleben von Demütigung, Ausbeutung und Ohnmacht, das oft mit Armut einhergeht, bewirkt mangelnde Selbstachtung und geringes Vertrauen in die eigene Kraft. Doch genügt oft ein kleiner Anreiz von außen, um die Selbsthilfeaktivitäten der Menschen (wieder) zu mobilisieren.

Die Ursachen von Armut und mangelnden Möglichkeiten einer eigenständigen Entfaltung sind vielschichtig, es bedarf ebenso komplexer Lösungsansätze, die sowohl den „subjektiven Faktor“ (das heißt: die betroffenen Menschen, das Individuum), die internen Sozial- und Herrschaftsstrukturen als auch den Weltmarkt⁶ und die internationalen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Entwicklungspolitisches Patentrezept gibt es keines. Der Übergang von der Belehrungs- zur globalen Lernkultur impliziert eine gerechte, menschenzentrierte, soziokulturell angepasste und ökologisch verträgliche, partizipative und interdisziplinäre, nachhaltige Zusammenarbeit.⁷ Die letzten fünf Jahrzehnte Entwicklungspolitik haben diese zwar in einen Rechtfertigungsnotstand geraten lassen, obsolet geworden ist sie aber keinesfalls. Vielmehr gilt es aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und den neuen Herausforderungen unserer Zeit adäquat Rechnung zu tragen, insbesondere durch eine Kooperation und Koordination auf allen Ebenen.

⁵ Entnommen aus den Grafiken des UN-Millenniumsberichtes. Auf die Indikatordiskussion einzugehen, würden den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

⁶ Von einer erfolgreichen Weltmarktintegration kann keine Rede sein. Die ärmsten Länder der Welt werden zusehends an den Rand gedrängt - ökonomisch, sozial und politisch. Mit der ökonomischen Globalisierung korrespondieren auch Marginalisierung und Fragmentierung. Im Bereich des Warenhandels lässt sich eine Regionalisierung bei gleichzeitiger Konzentration auf drei große Wirtschaftsblöcke ausmachen, die drei Viertel des „Welt“handels abwickeln - der Anteil Afrikas beträgt knapp 2 %. Nun gehört es zum Wesen der globalen Ökonomie, dass in ihr Menschen, Unternehmen und Staaten unter qualitativ unterschiedlichen Ausgangsbedingungen miteinander konkurrieren. Diese Ungleichheit bringt jedoch unvermeidlich Sieger und Besiegte hervor. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst nicht nur innerhalb der Staaten, sondern auch im internationalen Kontext und provoziert soziale Spannungen und gewalttätige Konflikte. Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit wird erneut zu stellen sein.

⁷ „Ownership“ baut auf das lokale Wissen und die eigenen Problemlösungskapazitäten und schafft Akzeptanz. Die Hauptverantwortung liegt in der jeweiligen Politik. Es gilt aber die Anstrengungen zu unterstützen und gemeinsam die erforderlichen Rahmenbedingungen zu gestalten.

Die Hoffnung auf eine mit Ende des Kalten Krieges friedlichere Welt hat sich nicht erfüllt. Die Mehrzahl der **bewaffneten Konflikte** findet heute nicht mehr zwischen Staaten sondern im Staatsinneren statt, wenngleich diese selten rein innerstaatlicher Natur sind, weil sie von außen direkt oder indirekt beeinflusst werden. Abgesehen von der humanitären Katastrophe zerstören bewaffnete Konflikte die sozioökonomischen und natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen, ziehen Unsicherheit und Instabilität nach sich, werfen die betroffenen Gebiete in ihrer Entwicklung um Jahr(zehnt) zurück und treiben Millionen Menschen in die Flucht. So treffen die Auswirkungen in der Regel nicht nur die Nachbarländer sondern haben auch globale Bumerangeffekte. Arme Länder sind dabei weit häufiger in bewaffnete Konflikte verstrickt als die reichen Nationen. Doch gemäß einer Studie der Universität der Vereinten Nationen scheint Armut an sich nicht der ausschlaggebende Faktor zu sein - weit maßgeblicher ist die mangelnde Gleichberechtigung gesellschaftlicher Gruppen. Der fehlende Interessenausgleich und ungerecht verteilte politische, ökonomische und soziokulturelle Chancen können Konflikte verursachen. So haben bewaffnete Auseinandersetzungen oftmals „weniger mit ethnischen, nationalen oder anderen Feindschaften zu tun als mit dem Kampf um die Verfügungsgewalt über wirtschaftliche Ressourcen. Eine Reihe innerstaatlicher Kriege wird heute um Diamanten, Drogen, Einschlagkonzessionen und andere wertvolle Rohstoffe geführt.“⁸

Der umkämpfte Preis ist die Fähigkeit, der Gesellschaft Ressourcen zu entziehen und die Vorteile Verbündeten zukommen zu lassen. Zunehmende Bedeutung gewinnt der Kampf um (durch Umweltzerstörung knapper werdende) natürliche Ressourcen, die Lebens- und Überlebensgrundlagen jeder Gesellschaft (z.B. der Wasserkonflikt im Nahen und Mittleren Osten), wobei es sich um keine reinen Umweltkonflikte handelt, sondern – wie zumeist – ein komplexes Ursachengeflecht zugrunde liegt.

In den neunziger Jahren haben sich weltweit dreimal so viele große **Naturkatastrophen**⁹, ereignet als in den sechziger Jahren, der Schaden ist von 52 Milliarden auf 479 Milliarden Dollar angewachsen. Im Zuge verheerender Wirbelstürme, schwerer Überschwemmungen und Dürreperioden verlieren zigtausend Menschen das Leben, Millionen müssen Ihre Wohngebiete verlassen. Der überwiegende Hauptteil der Umweltzerstörungen wird dabei durch den nicht nachhaltigen Lebensstil der reichen Bevölkerungsminderheit verursacht. Von den Auswirkungen werden aber die ärmsten Länder der Welt am Gravierendsten getroffen, sie haben 90 % der Opfer zu beklagen. Die degradierten Umweltbedingungen beeinträchtigen die ohnehin schlechten Lebensbedingungen und Entwicklungschancen der Menschen weiter. Entwaldung, Bodenerosion, Desertifikation und Wassermangel verschärfen den täglichen Lebens- und Überlebenskampf. Umweltzerstörung ist also zugleich Ursache und Folge von Armut.

Heute bestreitet niemand mehr, dass Vorbeugen besser ist als eine nachträgliche Krisenreaktion. Wirksame Präventivmaßnahmen für Kriege und andere Katastrophen retten nicht nur hunderttausende Menschenleben, sie sparen auch Milliarden Dollar ein – die statt dessen zur Förderung nachhaltiger Entwicklungen verwendet werden könnten, was die Kriegs- und Katastrophengefahr noch weiter mindern würde. Nun ist es aber noch ein weiterer Weg zu einer **Kultur der Prävention**, nicht zuletzt weil die Kosten dafür in der Gegenwart

⁸ Annan, Kofi: Die humanitäre Herausforderung annehmen; Auf dem Weg zu einer Kultur der Prävention.

⁹ Eigentlich handelt es sich nicht um Naturkatastrophen, sondern um unnatürliche Katastrophen. Diese werden durch menschliche Tätigkeit oder Untätigkeit verursacht bzw. verschlimmert.

anfallen, während der Nutzen in ferner Zukunft liegt. Um zu vermeiden, dass Konflikte (wieder) eskalieren, setzt UN-Generalsekretär Kofi Annan¹⁰ auf vorbeugende Diplomatie (dabei könnten auch NGOs oder Privatpersonen Spannungen entschärfen und kreative Lösungen für die oftmals tieferliegenden Probleme finden) ergänzt durch vorbeugende Einsätze (Konflikte durch vertrauensbildende Maßnahmen eindämmen) und Abrüstung (Demobilisierung und Verm(h)inderung des Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen). Ein wesentlicher Bestandteil integrativer, an tieferen Konfliktursachen ansetzender Präventionsstrategien ist zudem die Frühwarnung.

Krisenprävention ist im Grunde keine neue entwicklungspolitische Aufgabe. Entwicklungsprojekte zielen immer auch auf die Bekämpfung der in Zusammenhang mit Armut und Umweltzerstörung¹¹ stehenden Krisenursachen. Der Überwindung der sozioökonomischen, politischen und ökologischen also strukturellen Gewaltursachen kommt also zentrale Bedeutung zur Sicherung eines friedlichen inner- und zwischenstaatlichen Zusammenlebens zu („peace-building“). **Friede** ist folglich mehr als die Abwesenheit von Krieg, von personaler Gewalt (meint das zielgerichtete Verletzen und Schädigen von Personen). Ein umfassenderer, positiver Friedensbegriff bezieht auch die Achtung der Menschenrechte und Gerechtigkeit mit ein. Nachhaltige Entwicklungspolitik ist demnach Friedenspolitik.

Förderung einer Kultur des Friedens

„Since wars begin in the minds of men, it is in the minds of men that the defences of peace must be constructed“ heißt es in der Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). Die Menschenrechte¹² bieten die Basis für ein umfassenderes, positives Friedenskonzept, da sie zentrale politische, soziokulturelle und wirtschaftliche „Friedensursachen“ benennen. Eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung und Achtung der Menschenrechte bedingen und stärken einander, sie sind Voraussetzung für Sicherheit und umgekehrt. Die Vereinten Nationen zielen nicht nur auf die Wahrung des internationalen Friedens, sondern auch auf die Verwirklichung friedlicher innerstaatlicher Lebensbedingungen.

Die UN-Deklaration für eine Kultur des Friedens von 1999 erinnert an die in der Charta verankerten Ziele und Prinzipien sowie an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und stellt fest:

„peace is not only the absence of conflict, but requires a positive, dynamic participatory process where dialogue is encouraged and conflicts are solved in a spirit of mutual understanding and cooperation“ und weiter “the need to eliminate all forms of discrimination and intolerance, including those based on race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national, ethnic or social origin, property, disability, birth or other status.”

¹⁰ Aufbauend auf Boutros Boutros-Ghali's „Agenda für den Frieden“.

¹¹ Gemäß Johann Galtungs Begriff der “strukturellen Gewalt“ zählen Armut und Umweltzerstörung zu jenen Ungerechtigkeiten, welche die Lebenschancen der Menschen beeinträchtigen.

¹² Die zunächst unverbindliche Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 bekam 1966 durch die zwei Menschenrechtspakte (über bürgerliche und politischen Rechte so wie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) größere völkerrechtliche Verbindlichkeit.

Unter **Kultur des Friedens**¹³ wird dabei eine Vielzahl von Werten, Einstellungen, Traditionen, Verhaltensweisen und Lebensformen verstanden, die insbesondere auf

- dem Respekt vor dem Leben, der Überwindung von Gewalt, Förderung und Übung von Gewaltlosigkeit und friedlichen Konfliktlösungen,
- der Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit von Staaten sowie Nichteinmischung in innere Angelegenheiten,
- der Achtung und Förderung aller Menschenrechte (Meinungs- und Informationsfreiheit werden eigens angeführt) und Grundfreiheiten,
- der Förderung der Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Frauen und Männern,
- Bemühungen um nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung und Umweltbedingungen für gegenwärtige und künftige Generationen,
- dem Recht auf Entwicklung¹⁴ sowie
- Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Toleranz, Solidarität, insbesondere mit exponierten Gruppen, Zusammenarbeit, Pluralismus, kultureller Vielfalt, Dialog und Verständigung auf allen gesellschaftlichen Ebenen und zwischen den Nationen

gründen. Im Aktionsprogramm¹⁵ werden dann Maßnahmen in den jeweiligen Bereich aufgelistet. Bei der Förderung einer Kultur des Friedens kommt einer umfassenden Bildung auf allen Ebenen eine Hauptrolle zu. Schlüsselpositionen zur Verbreitung und Stärkung einer Friedenskultur würden u.a. Lehrer, Eltern, Politiker, Intellektuelle, Journalisten, Manager, Religionen und NGOs einnehmen.

Der Abbau von Vorurteilen und Feindbildern, Dialog und ein tieferes interkulturelles Verständnis bilden den Nährboden für einen friedlichen (internationalen) Interessenausgleich und folglich entscheidende Voraussetzungen für die Prävention gewalttätiger inner- und zwischenstaatlicher Konflikte. So wurde das Jahr 2000 von den Vereinten Nationen als „Jahr für eine Kultur des Friedens“ und 2001 als „Jahr des Dialoges zwischen den Kulturen“ ausgerufen. Denn die globalen Transport- und Kommunikationsnetze schaffen nicht nur neue Nähe, sondern häufig auch neue Fremdheit. Eine „Welt-Gesellschaft“¹⁶ als durch Vielfalt und Nicht-Integriertheit gekennzeichneter Welthorizont bildet sich heraus. Die Ausdehnung der Reichweite des Denkens, Sprechens und Tuns auf dem Globus führt jedoch nicht automatisch zu einem Zuwachs an Weltoffenheit unterschiedlicher Kulturen, sondern häufig zum gegenteiligen, zu Abschottung und Xenophobie. Aber ohne Offenheit und „Austausch, ohne Neugier, ohne grenzüberschreitende Vernetzung werden wir ... verkümmern und kulturell verarmen.“¹⁷ Aufbauend auf Empathie, gegenseitigem Respekt und Gastlichkeit gilt es Koexistenzen autonomer Lebensräume zu finden.¹⁸

¹³ Siehe A Declaration on a Culture of Peace, Artikel 1.

¹⁴ Das Recht auf Entwicklung sowie das Recht auf Frieden und das Recht auf eine gesunde Umwelt werden als „Menschenrechte dritter Generation“ diskutiert.

¹⁵ Vgl. Programme of Action on a Culture of Peace, Punkte 9 bis 16.

¹⁶ Die faktische Asymmetrie der globalen Beziehungen vermag dieser Begriff freilich nicht abzubilden. Siehe dazu auch Gruber, Petra C: Zukunftsfähige Entwicklungswege jenseits einer durchkapitalisierten Weltgesellschaft, Linz 2000, S. 7ff.

¹⁷ Rummel, Reinhard: Von Proklamationen zu Taten, in: Zeitschrift für KulturAustausch, 51. Jahrgang, 2/01, S. 40f.

¹⁸ Zum Konzept der Gastlichkeit, zu autonomen, selbstdefinierten, Lebensräumen und dem homo communis siehe Esteva, Gustavo: FIESTA – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik, Verlag Brandes & Apsel / Südwind, Frankfurt a. M. / Wien 1992.

Rahmenbedingungen für ein friedliches Zusammenleben in einer – kulturell vielfältigen – Welt: Global Governance

Die größten Bedrohungen der menschlichen Sicherheit fußen in sozioökonomischen, politischen und ökologischen Missständen. Die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit wie Armut, Umweltzerstörung, kriegerische Auseinandersetzungen, Migration, Arbeitslosigkeit, soziale Konflikte, Kriminalität und internationaler Terrorismus sind nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene lösbar. Es bedarf einer transnationalen Kooperation und Koordination auf allen Ebenen. Global Governance trägt nicht nur den im Zuge der Globalisierungen neu entstandenen Politikfeldern Rechnung, sondern auch den neuen Akteuren, die neben die traditionellen Akteure der Staatenwelt und internationale Regime (wie den Bretton Woods Institutionen) getreten sind: Die Transnationalen Konzerne und Agenten globaler Finanzmärkte, wissenschaftliche Einrichtungen, Massenmedien und insbesondere auch die Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschafts-, Umwelt-, Sozial- und Friedensbewegungen, die Zivilgesellschaft. Problemlösungen werden partizipatorisch und „from the bottom up“, in der „public-private-partnership“ erarbeitet. Mit Global Governance (without government) soll nicht nur ein neues Rahmenkonzept für die internationale Politik, sondern ein neues Konzept von Politik überhaupt entworfen werden.

So wie Entwicklung weder importiert noch exportiert werden kann, kann auch Friede nicht geschaffen oder erzwungen werden. Wohl aber können gemeinsam die Rahmenbedingungen für diese Prozesse gestaltet werden. Zu den zentralen Voraussetzungen¹⁹ für das Funktionieren von Global Governance zählen:

- die Herausbildung bzw. Stärkung der weltweiten Rechtsstaatlichkeit (Good Governance im Inneren),
- die Durchsetzung eines verbindlichen Völkerrechts und
- die Globalisierung von Weltbürgerrechten.

Nun haben die Erfahrungen der Vergangenheit gelehrt, dass eine bessere Weltordnung nicht allein mit Gesetzen und Konventionen geschaffen oder gar erzwungen werden kann. Die Menschenrechte sollen nun vom Weltethos her bestätigt und vertieft werden. Ein Bewusstsein für die notwendige Balance von Recht und Freiheit einerseits und Verantwortung und Pflicht andererseits ist erforderlich.²⁰

Der Aufbau von Weltfinanz- und Handelsordnungen, Weltsozial- und Umweltordnung wird scheitern, wenn er nicht in das Konzept kooperativer Sicherheit in einer multilateralen Friedensordnung, einer Weltfriedensordnung eingebunden ist. Ein reformiertes UN-System bildet das institutionelle Rückgrad, die Stärkung der globalen Rechtsstaatlichkeit den zentralen Baustein. Tobias Debiel²¹ nennt folgende drei Felder mit Schlüsselfunktion zur Krisenprävention und Friedenssicherung:

¹⁹ Siehe Nuscheler, Franz, Zusammenfassung des Herausgebers, in: Nuscheler, Franz (Hrsg.): Entwicklung und Frieden im Zeichen der Globalisierung, Bonn 2000, S. 244ff.

²⁰ Küng, Hans: Plädoyer für ein globales Verantwortungsethos, in: Nuscheler, Franz (Hrsg.): Entwicklung und Frieden im Zeichen der Globalisierung, Bonn 2000, S. 147-159.

²¹ Debiel, Tobias: Vereinte Nationen und Weltfriedensordnung. Bilanz und Perspektiven zur Jahrtausendwende, in: Nuscheler, Franz (Hrsg.): Entwicklung und Frieden im Zeichen der Globalisierung, Bonn 2000, S. 222-235.

- Den Erhalt des UN-Gewaltlegitimationsmonopols (laut Kapitel VII der UN-Charta) – entgegen der Tendenz, die Vereinten Nationen nur mehr selektiv als Legitimationsinstanz zu gebrauchen;
- die Verregelung nichtmilitärischer Sanktionen zur Schaffung humanerer und effektiverer, zielgerichteter Sanktionsmaßnahmen und
- den Ausbau der internationalen Gerichts- und Strafgerichtsbarkeit.

„Ein neuer Geist der globalen Nachbarschaft (soll) die alten Vorstellungen gegnerischer Staaten“²² ersetzen – Kooperation und Koordination statt Konkurrenzkampf. Sicherheit kann nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erreicht werden. In einem Konzept globaler Sicherheit wird die Sicherheit von Staaten zu einer umfassenden menschlichen Sicherheit²³ erweitert, geprägt von einer Kultur des Friedens auf allen Ebenen. Die Herausbildung einer internationalen Kooperationskultur wird aber zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch ein Marginalisierung der Vereinten Nationen und den unilateralistischen Hegemonieanspruch der einzigen Supermacht blockiert. Der Krise des Multilateralismus und von Partikulärinteressen geleitete Engstirnigkeit gilt es nicht nur überzeugende Ideen sondern auch politische Allianzen aus gleichgesinnten Staaten („like-minded-countries“) und NGOs entgegenzusetzen. Gebaut wird auch auf die Einsicht in die Notwendigkeit – Kooperationsbereitschaft für nachhaltige Entwicklungen aus „wohlverstandenen“ Eigen-, ja Überlebensinteresse.

Kriterien von Entwicklung und Frieden in einer Welt

Nachstehende Formulierung von **Elementen eines integrativen, nachhaltigen Entwicklungs- und Friedensbegriffs** basiert auf den Menschenrechten und einem Verantwortungsethos:

- Ein sicheres, gewaltloses Leben in Freiheit und Unabhängigkeit, Respekt vor allem Leben;
- Freiheit, die die Verantwortung des einzelnen für das Gemeinwohl auch künftiger Generationen sowie für die Umwelt (als einen Wert an sich) impliziert;
- Die Abdeckung der existentiellen Grundbedürfnisse nach Nahrung, sauberem Wasser, Kleidung und Wohnen inkl. adäquater Sanitäreinrichtungen sowie den Zugang zu Basisgesundheitsdiensten;
- Bildung im umfassenden, humanistischen Sinne, die eigenständiges, kritisches Denken und Konsensfähigkeit fördert; chancengleicher Zugang zu Informationen;
- Kulturelle Selbstbestimmung und Wahrung autonomer Lebensräume, gründend auf Respekt vor dem Anderen sowie gleichberechtigte soziokulturelle Teilhabe;
- Politische Partizipation und eine konstruktive politische Konfliktkultur;
- Selbstvertrauen und Selbstachtung;
- Rechtsstaatlichkeit, also gute Regierungsführung (meint ein stabiles Gewaltmonopol, Transparenz und Verantwortlichkeit der Regierenden, die Unabhängigkeit der Justiz,

²² Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) (Hrsg.): Nachbarn in Einer Welt; Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik, Bonn 1995, S. 4, S. 85ff, S. 392.

²³ Das Global Human Security Concept geht vom Menschen und seinen Lebensgrundlagen und -umfeld, also Umwelt, Wirtschaft, Soziokultur aus und führt über entwicklungsorientierte Politik zu ihm zurück.

- eine unparteiliche Polizei und unter ziviler Aufsicht stehendes Militär sowie die Achtung der grundlegenden Menschenrechte);
- Chancengleichheit für Frauen und Männer;
 - Rahmenbedingungen für eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche (Welt)Wirtschaft;
 - ein zukunftsfähiger Lebensstil;
 - sowie ein intaktes Ökosystem.

Entgegen unzulässiger Vereinfachungen und Instrumentalisierungen beispielsweise auch von Religionen für politische Zwecke plädiere ich abschließend für den Respekt unterschiedlicher Kulturen und die Beseitigung der strukturellen Gewaltursachen als wohl beste Verhinderung eines vermeintlichen „clash of civilisations“, und an das Verantwortungsbewusstsein politischer sowie wirtschaftlicher Entscheidungsträger als auch der Intellektuellen, denn es gibt sehr „unterschiedliche Situationen, in denen sie zum Schaden und zum Nutzen der Menschheit tätig werden. Es gibt Brandstifter, Prediger, Wegbereiter für dies und für jenes, Opfer, Helden, Genies und Betrüger – wie im wirklichen Leben.“²⁴

²⁴ Rosenstrauch, Hazel: Die Restposten einer Illusion, in: Zeitschrift für KulturAustausch, 51. Jahrgang, 2/01, S. 44f.